

zu TOP .....

Mainz, 30.03.2017

**Anfrage 0536/2017 zur Sitzung am  
Zunehmende Konfliktpotentiale zwischen dem Radverkehr und anderen  
Verkehrsteilnehmern (FDP)**

Die Stadt Mainz hat sich zu Recht und mit Erfolg der Förderung des Radverkehrs verschrieben. Zunehmend geraten jedoch in der öffentlichen Diskussion auch Konflikte zwischen Radfahrern und anderen Verkehrsteilnehmern in den Blickpunkt. Nicht wenige Radfahrer benutzen Fußgängerzonen und fahren auch in gemischten und verkehrsberuhigten Zonen oft zu schnell. Es ist oft zu beobachten, dass Radfahrer Regeln missachten, dass Fußgänger Radfahrern ausweichen müssen oder sich nicht mehr trauen, ihre Laufrichtung spontan zu ändern. Aufgrund der geänderten rechtlichen Situation können Radfahrer darüber hinaus die Straßen benutzen.

Die Konfliktpotentiale müssen von der Politik ernster als bisher genommen werden, zumal der Radverkehr ja noch ansteigen soll und inzwischen zahlreiche „Fahrräder“ neuen Typs in der Stadt unterwegs sind (Pedelecs, Lastenräder, kleine e- Fahrzeuge usw.) die entweder wesentlich schneller oder breiter als klassische „Fahrräder“ sind.

Dies vorausgeschickt, fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Schritte hat die Verwaltung in der Vergangenheit unternommen, um das Radfahren in Fußgängerzonen zu unterbinden?
2. Welche Schritte in diese Richtung wird die Verwaltung in naher Zukunft unternehmen?
3. Welche Schritte wird die Verwaltung in Zukunft unternehmen, um in gemischten und verkehrsberuhigten Zonen alle Fahrradfahrer zu einer angemessenen Geschwindigkeit anzuregen.
4. Wie beurteilt die Verwaltung den Trend, dass immer mehr Radfahrer auf die Fußwege ausweichen?

5. Teilt die Verwaltung die Einschätzung, dass sich durch schnelle Radler vor allem ältere Menschen und Kinder gefährdet sind? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie bewertet die Verwaltung die Tatsache, dass die Benutzung einiger Radwege durch Baumwurzeln immer gefährlicher wird. (z. B. in der Rheinstraße). Welche Gegenmaßnahmen will die Verwaltung ergreifen?
7. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass durch die Aufbringung von Fahrradpiktogrammen auf Hauptstraßen (wie z. B. in der Göttelmannstraße) die Konflikte zwischen Radlern und PKW-Fahrern eher verschärft werden?
8. Warum bietet die Verwaltung in der Göttelmannstraße angesichts des maroden Radwegs keine alternative Radroute an?
9. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass viele unsichere Radfahrer, z. B. Ältere, eher langsame Radfahrer usw. trotz ihres rechtlichen Anspruchs nicht auf vielbefahrenen Hauptstraßen fahren möchten. Wenn nein, warum?
10. Wie beurteilt die Verwaltung die Idee, Radfahrern ein möglichst konfliktarmes Radverkehrsnetz anzubieten, z. B. durch separate Radwege und ersatzweise die Führung des Radverkehrs durch ruhige Nebenstraßen?
11. Sieht die Verwaltung im Hinblick auf die Zunahme breiter Lastenräder Handlungsbedarf z. B. bei der Nutzung von Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung durch Lastenräder?
12. Was unternimmt die Verwaltung, um Regelverstöße von Radfahrern zu unterbinden? So werden z. B. am Münsterplatz häufig Radfahrer beobachtet, die mit hoher Geschwindigkeit bergab vom Aliceplatz kommen und dann trotz Rotlicht den Münsterplatz mit hoher Geschwindigkeit queren. Sieht die Verwaltung an derartigen neuralgischen Punkten besonderen Handlungsbedarf?

gez.

Walter Koppius,  
Fraktionsvorsitzender